

Kreis zieht seinen Naturschutzplan zurück

Buchenwald und Magerrasen sollen durch angepassten Landschaftsschutz gesichert werden

Jühnde (ft). Der Landkreis will auf Ausweisung eines Naturschutzgebietes für das FFH-Gebiet zwischen Dransfeld und Hedemünden verzichten. Das jetzt in Jühnde von der Kreisverwaltung vorgestellte neue Konzept sieht vor, die Buchenwälder und Kalkmagerrasen im europäischen Schutzgebietsnetz durch eine geänderte Landschaftsschutzgebietsverordnung zu schützen. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt den Verzicht. Grundstückseigentümer, Interessenvertreter, Politiker und Verwaltung hätten sich darauf verständigt, teilt die Fraktion mit. „Das bedeutet für die betroffene

nen Grundstücksbesitzer eine geringe Erhöhung der Auflagen und sichert den Erhalt der Artenvielfalt nachhaltig“, so Werner Wille, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion. Die Gespräche seien konstruktiv und sachlich gewesen. „Es hat sich bewährt, eine Lösung im Dialog zu suchen.“ Wille verweist auf einen Antrag der CDU vom 9. Dezember. Die CDU hatte die Verwaltung aufgefordert, „für jedes einzelne FFH-Gebiet Informationsveranstaltungen unter Beteiligung der Flächeneigentümer und der Naturschutzverbände durchzuführen“. Das Ziel sollte sein, „eine

möglichst breite Zustimmung aller Beteiligten zu erreichen und ein Abwägen von wirtschaftlichen Interessen gegenüber Bewirtschaftungseinschränkungen zu gewährleisten“.

Devise lautet miteinander

Die Vorbereitung zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung im Rahmen von Informationsveranstaltungen wird von der CDU als erster Schritt für die erforderliche Sicherung der Flora-Fauna-Habitat-Gebiete im gesamten Landkreis angesehen. „Wir wollen gemeinsam noch mehr erreichen. Nicht gegeneinan-

der, sondern miteinander ist unsere Devise“, erklärte Kreisumweltdezernentin Christel Wemheuer.

Die Umweltbehörden des Landes und des Kreises hatten ursprünglich vorgeschlagen, die schon unter Landschaftsschutz stehenden Gebiete südlich von Dransfeld sowie Teile des Göttinger Waldes in Naturschutzgebiete umzuwandeln. Dagegen hatten Forstwirtschaft und Realgemeinden protestiert. Sie verwiesen darauf, dass der erhaltenswerte Zustand der Wälder erst durch ihre langjährige nachhaltige Bewirtschaftung entstanden sei.